

Strom wird teurer

Verbraucher müssen für die Förderung von Sonnen- und Windenergie mehr zahlen

Von Frank-Thomas Wenzel

Frankfurt/Main. Strom wird im nächsten Jahr deutlich teurer – nicht nur, weil Verbraucher mehr für die Förderung der Erneuerbaren zahlen müssen. Dabei will die Bundesregierung die elektrische Energie eigentlich billiger machen, um den Klimaschutz voranzubringen. Wir erläutern, wie diese Schieflage zustande kommt und wie sie behoben werden kann.

Was wissen wir schon über die Strompreise im nächsten Jahr?

Die Bundesnetzagentur gab am Dienstag bekannt, dass die EEG-Umlage 2020 um gut 5 Prozent auf 6,756 Cent pro Kilowattstunde steigen wird. Bislang waren es 6,405 Cent. Ein neuer Rekord. Haushalte müssen mit der Stromrechnung diese Umlage zahlen. Sie war zuletzt zweimal gesenkt worden. Das Geld wird zur Förderung von Sonnen-, Windstrom und anderen regenerativen Energieträgern verwendet. Grund für die Steigerung ist laut Netzagentur vor allem, dass bei Windparks im Meer, die derzeit in Betrieb genommen werden, hohe, gesetzlich garantierte Vergütungen gezahlt werden, und zwar für jede Kilowattstunde, die ins Netz eingespeist wird.

Wie macht sich das für die Stromkunden bemerkbar?

Die EEG-Umlage steht für knapp ein Viertel des Gesamtpreises beim Strom. Ein weiteres Viertel machen Gebühren für die Nutzung des Netzes



Für den Strom der jetzt in Betrieb gegangenen Windparks gibt es hohe gesetzliche Vergütungen.

FOTO: WÜSTENECK/DPA

aus. Auch dabei zeichnet sich ein spürbarer Anstieg ab. Nach aktuellem Stand müssen Haushalte mit einem Verbrauch von 4000 Kilowattstunden im Durchschnitt mit einem Plus um 16 Euro auf 293 Euro (ohne Mehrwertsteuer) im nächsten Jahr rechnen. Wobei die Aufschläge unterschiedlich hoch ausfallen. Unter anderem in Niedersachsen werde das Plus mit 8 Prozent besonders stark zu Buche schlagen. In Brandenburg gebe es hingegen lediglich eine Verteuerung von 2 Prozent. So die Berechnungen des Verbraucherportals Verivox, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) exklusiv vorliegen.

Gibt es weitere Posten, die die Strompreise steigen lassen?

Auch die Kosten der Versorger für den Stromeinkauf werden steigen. Denn die Notierungen an den Strombörsen sind gestiegen. So kann insgesamt ein Plus von 5 Prozent zusammenkommen. Der Verivox-Energieexperte Valerian Vogel rechnet damit, dass „eine Familie mit Mehrkosten von bis zu 60 Euro im Jahr“ rechnen muss.

Welche Rolle spielt die Politik bei den Strompreisen?

Eine entscheidende. Nach Berechnungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft

(BDEW) werden Verbraucher durch Steuern, Abgaben und Umlagen belastet, die rund 53 Prozent des Strompreises ausmachen. Dabei sind die Netzgebühren noch nicht berücksichtigt. Strombeschaffung und Vertrieb haben einen Anteil von nur 23 Prozent. Die hohen Lasten führen dazu, dass in kaum einem anderen Land in Europa elektrische Energie so teuer ist wie hierzulande.

Wie passen diese Entwicklungen zum Klimaschutz?

Überhaupt nicht. Die Bundesregierung hat sich in ihrem gerade beschlossenen Klimaschutzprogramm

zwar ganz offiziell eine „Senkung der Stromkosten“ zum Ziel gesetzt. Dies soll unter anderem Elektroautos und Wärmepumpen fürs Beheizen von Gebäuden attraktiver machen. Allerdings fallen die bislang geplanten Maßnahmen sehr bescheiden aus. So soll die EEG-Umlage 2021 um 0,25 Cent pro Kilowattstunde, 2022 um 0,5 Cent und 2023 um 0,625 Cent gesenkt werden. Das Kabinett hält sich offen, „andere staatlich induzierte Preisbestandteile“ schrittweise aus den Einnahmen zu bezahlen, die mit der Bepreisung von Kohlendioxid-Emissionen in den Sektoren Verkehr und Wärme erzielt werden.

Werden Verbraucher von den geplanten Maßnahmen der Bundesregierung überhaupt etwas merken?

Viele Experten und Verbände kritisieren die zaghaften Schritte. So betonte der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE), dass die geplante Senkung der EEG-Umlage „geradezu lächerlich“ sei.

Wie könnte der Strompreis spürbar entlastet werden?

Zahlreiche Vorschläge liegen bereits vor. So machen sich der BDEW, Umweltverbände und auch der BNE dafür stark, die Stromsteuer (2,05 pro Kilowattstunde) auf den minimal zulässigen Wert der Europäischen Union zu senken. Die Abgabenlast würde um 2 Cent sinken und einen Durchschnittshaushalt um gut 80 Euro pro Jahr entlasten.